

Telefon: 233 - 92551
Telefax: 233 - 28128

Direktorium
Zentrale
Verwaltungsangelegenheiten
D-I-ZV

**Verwaltung der kurzen Wege II -
Vernetzung der dezentralen Standorte im Stadtgebiet**

Antrag Nr. 08-14 / A 05237 von Herrn StR Josef Schmid,
Herrn StR Michael Kuffer vom 12.03.2014

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04833

Anlage

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 17.02.2016 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	2
1. Historie über die Regionalisierung von Verwaltungsdienstleistungen	2
1.1 Machbarkeitsstudie Bürgerzentren	2
1.2 Fortschreibung der Machbarkeitsstudie Bürgerzentren	3
1.3 Standortkonzept Bürgerbüros, Einrichtung eines Bürgerbüros am Scheidplatz	4
2. Zwischenresümee	4
3. Stellungnahmen der Referate zum Stadtratsantrag	5
3.1 Kreisverwaltungsreferat	5
3.2 Personal- und Organisationsreferat	6
3.3 Referat für Stadtplanung und Bauordnung	7
3.4 Sozialreferat – Standortsicherungsbeschlüsse	8
3.5 Stadtkämmerei	11
3.6 Direktorium – Bezirksausschussangelegenheiten	11
4. Fazit des Direktoriums	12
II. Antrag des Referenten	14
III. Beschluss	14

I. Vortrag des Referenten

Die Antragsteller wollen erreichen, dass die Stadtverwaltung ein Konzept vorlegt, wie dezentrale Verwaltungszweige zu dezentralen Bürger-Service-Zentren zusammengefasst werden können. Mittelfristig sollen Sozialbürgerhäuser, Bürgerbüros, Bezirksinspektionen, Bezirksausschuss-Geschäftsstellen, evtl. auch Dienststellen für Bürgerbeteiligung und Auslagen örtlicher Bauvorhaben zusammengeführt werden.

Der Stadtratsantrag wird begründet mit Vorteilen für die Bürgerinnen und Bürger, die Verwaltungsdienstleistungen wohnortnah und ohne großen Zeitaufwand nutzen können und mit Vorteilen für die Stadt, die die referatsübergreifende Zusammenarbeit auch auf den Ebenen des unmittelbaren Vollzugs aufeinander abstimmen kann. So lassen sich, laut Begründung des Stadtratsantrags, trotz einer Dislokation wieder Synergieeffekte dadurch erzielen, dass gemeinsame Aufgaben zusammengelegt werden können, z. B. die Kasse.

1. Historie über die Regionalisierung von Verwaltungsdienstleistungen

1.1 Machbarkeitsstudie Bürgerzentren

Abgeleitet aus dem NSM¹-Ziel „Bürgerorientierung“ hatte das Personal- und Organisationsreferat² 2000 ein Konzept erarbeitet, wie die „klassischen“ Verwaltungsleistungen kompakt und bürgernah angeboten werden können. In Folge dieses Konzeptes wurden Bürgerbüros eingerichtet, in denen die klassischen Verwaltungsleistungen vom Einwohnermeldewesen, Kfz-Zulassungswesen, Fundangelegenheiten bis hin zur Gewerbeanmeldung sowie weitere Dienstleistungen dezentral angeboten werden. Leitgedanke dabei war ein regionales, an den Lebenslagen orientiertes, an allen Standorten gleiches Angebotsbündel, das regelmäßig von vielen Bürgerinnen und Bürgern nachgefragt wird. Die Dienstleistungen eines einzelnen Bürgerbüros sind nicht auf die Bewohnerinnen und Bewohner eines bestimmten Stadtviertels begrenzt, sondern können von allen Münchner Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden. Die Bürgerbüros traten damit mit einem „erweiterten Leistungsspektrum“ an die Stelle der damaligen Meldestellen.

Die Machbarkeitsstudie des POR bezog sich nicht nur auf die klassischen Verwaltungsleistungen und die Standortfrage von Bürgerzentren, sondern hatte auch einen erweiterten Aufgabencheck kommunaler Leistungen zum Inhalt. Gemeinsam mit den betroffenen Dienststellen wurden deren Aufgaben auf ihre Regionalisierungsmöglichkeit geprüft. Hieraus ergab sich z. B. für das Direktorium, dass mit den Geschäftsstellen der Bezirksausschüsse schon ein regionales Angebot existiert, das

1 Neues Steuerungsmodell

2 POR

grundsätzlich auch räumlich in ein Bürgerzentrum integriert werden könnte. Die Regionalisierbarkeit im Bereich der Frauengleichstellungsstelle, der Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege, des Presse- und Informationsamtes, des Stadtarchivs usw. wurden ebenfalls geprüft, mit dem Ergebnis, hierfür wegen der sehr spezifischen Aufgabenstellungen keine regionalen Stellen einzurichten.

Beispielhaft für die weitergehende Regionalisierung städtischer Dienstleistungen wurde in der Machbarkeitsstudie das Konzept des Sozialreferats zur Einrichtung von Sozialbürgerhäusern auf Stadtteilebene in 13 Sozialregionen vorgestellt. Die bisherige Trennung von Allgemeinem Sozialdienst, Jugendamt, Wohnungsamt, Sozialamt und Flüchtlingsamt wurde aufgehoben. Die jeweils betroffenen Fachkräfte der verschiedenen Aufgabenbereiche arbeiten dabei eng zusammen. Seit 01.12.1997 ist das erste Sozialbürgerhaus in der Plinganser Straße in Betrieb. Inzwischen gibt es 12 Sozialbürgerhäuser.

Der Aufgabencheck kommunaler Leistungen für das Referat für Stadtplanung und Bauordnung³ ergab, dass die Bürgerbeteiligung im Bauleitverfahren bereits regional angeboten wird. Eine weitere Regionalisierung von Aufgaben und Dienstleistungen des PLAN, insbesondere der Lokalbaukommission, wurde als nicht notwendig erachtet. Die im PLAN vorsprechende Kundschaft (Architekten, Planvorlagenberechtigte, Unternehmer) ist vielfach stadtweit tätig und betreut oftmals mehrere Bauvorhaben in verschiedenen Stadtteilen gleichzeitig. Unterschiedliche Ansprechstellen in der Stadt sind daher nicht vorteilhaft.

Die Machbarkeitsstudie des POR machte deutlich, dass auch das Flächenangebot vor Ort und die bestehende Unterbringung der jeweiligen Dienststellen zu berücksichtigen sind. Daneben weisen die verschiedenen Dienststellen und Serviceleistungen nicht immer inhaltliche Verbindungen auf bzw. werden von den Bürgerinnen und Bürgern nicht beim gleichen Behördengang nachgefragt. Zwingend ist jedoch, dass in jedem Bürgerzentrum ein Bürgerbüro mit einem jeweils identischen Kernbereich klassischer Verwaltungsleistungen vorhanden sein muss.

Mit Beschluss vom 04.10.2000 hat der Stadtrat den grundsätzlichen Ausführungen der Machbarkeitsstudie Bürgerzentren des POR zugestimmt. Demnach sollte das bereits bestehende regionale Dienstleistungsspektrum schrittweise an insgesamt sechs verkehrsgünstig gelegenen Standorten konzentriert angeboten werden.

1.2 Fortschreibung der Machbarkeitsstudie Bürgerzentren

Die Fortschreibung der Machbarkeitsstudie des POR war ursprünglich für Ende 2002 vorgesehen. Im Juli 2002 hatte der Stadtrat eine Haushaltssperre verfügt, so dass

das POR zunächst sondieren musste, welche Möglichkeiten für eine Fortsetzung des Projekts gegeben waren. Die Vorlage der Fortschreibung wurde unter den Rahmenbedingungen der Haushaltskonsolidierung im November 2003 in den Stadtrat eingebracht und vertagt. Im Jahr 2004 und im Januar 2005 hatte das POR die Stadtratsfraktionen, die Bezirksausschüsse und die Antragstellerinnen und Antragsteller schriftlich über den aktuellen Sachstand informiert.

In der Sitzung vom 11.05.2005 hatte sich der Stadtrat mit dem Ergebnis der Fortschreibung der Machbarkeitsstudie Bürgerzentren des POR (Sitzungsvorlage Nr. 02-08 / V 03279) befasst und das Kreisverwaltungsreferat⁴ beauftragt, die Erweiterung der fünf bestehenden Meldestellen Orleansplatz 13, Leonrodstraße 21, Riesenfeldstraße 75, Frankenthaler Straße 5 – 9 und Forstenrieder Allee 61a in Bürgerbüros vorzunehmen. Für das Bürgerzentrum Hanns-Seidel-Platz sollte eine ausschließlich kulturelle und bürgerschaftliche Nutzung geplant werden.

1.3 Standortkonzept Bürgerbüros, Einrichtung eines Bürgerbüros am Scheidplatz

Mit Beschlussvorlage vom 26.06.2013 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12302) wurde dem Stadtrat durch das KVR die Situation der Bürgerbüros dargestellt und künftige Entwicklungen aufgezeigt. Der Stadtrat hat dem neuen Standortkonzept Bürgerbüros (eine Zentrale mit drei Außenstellen) zugestimmt und die Einrichtung eines Bürgerbüros an der Belgradstraße 75 - 81/Nähe Scheidplatz (Flurstück 690/3 Schwabing) beschlossen. Um die optimierte Standortentscheidung mit belastbaren Zahlen belegen zu können, hat der Stadtrat durch o. g. Beschluss das PLAN beauftragt, dessen Erreichbarkeitsberechnungen von Bürgerbüros und die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den Stadtteilen zu evaluieren. Aufgrund der notwendigen Neuentwicklung des "Erreichbarkeitsmodells" und der erforderlichen Abstimmungsprozesse mit dem KVR sowie der Einbindung der Stadtbezirke im Anhörungsverfahren werden die Ergebnisse mit den Schlussfolgerungen dem Stadtrat voraussichtlich im ersten Quartal 2016 vorgelegt.

2. Zwischenresümee

Es liegt eine Machbarkeitsstudie Bürgerzentren des POR von 2000 vor, die 2005 vom POR evaluiert wurde. Daraus ergeben sich folgende Definitionen von Bürgerzentren und Bürgerbüros: Unter einem Bürgerzentrum ist ein „gemeinsames Dach“ zu verstehen, unter dem möglichst viele städtische Dienstleistungen regional angeboten werden sollen. Das kommunale Serviceangebot umfasst dabei grundsätzlich alle städtischen Dienstleistungen, die für eine Regionalisierung geeignet sind. Das Spektrum reicht grundsätzlich von einer Stadtteilbibliothek über die Passausstellung bis hin zur Sozialverwaltung. Ein Bürgerzentrum ist ein modernes, kundenorientiertes kommunales Servicezentrum in ausgewählten Stadtteilzentren und für die Bürge-

rinnen und Bürger eine (erste) Kontaktstelle zu ihrer Stadtverwaltung. Innerhalb der Bürgerzentren muss es einen inhaltlich und im Erscheinungsbild jeweils identischen Bereich geben, in dem die klassischen Verwaltungsleistungen angeboten werden. Dieser „Nachfolger“ der Meldestellen kann als sog. „Bürgerbüro“ definiert werden.

Im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie des POR hat das PLAN eine Erreichbarkeitsberechnung von Bürgerbüros erstellt. Diese wird derzeit vom PLAN evaluiert. Im Rahmen der Evaluierung soll auch geklärt werden, ob aufgrund der Einwohnerzahlen nach 2020 über die Standorte der Bürgerbüros Ruppertstraße, Pasing, Orleansplatz und Scheidplatz hinaus weitere Standorte erforderlich sind und wo diese situiert werden sollten. Hierbei sind aus Sicht des PLAN Prognosezahlen bis 2030 zu verwenden.

3. Stellungnahmen der Referate zum Stadtratsantrag

3.1 Kreisverwaltungsreferat

Das KVR hat in Bezug auf die Regionalisierung von eigenen Aufgabenzweigen umfassende Erfahrungen gemacht. Hierbei sind insbesondere die Dienststellen Bürgerbüros, Bezirksinspektionen, Standesämter und Versicherungsämter zu nennen. Am Standort Pasing befinden sich diese Dienststellen zusammen mit weiteren Verwaltungszweigen der Stadt in einem gemeinsamen Verwaltungsgebäude. Die gerade an diesem Standort gesammelten Erfahrungen zeigen, dass die Bildung der im Stadtratsantrag vom 12.03.2014 beschriebenen „Bürger-Service-Zentren“ mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist. Wenngleich im Stadtratsantrag ausgeführt wird, dass eine referatsübergreifende Zusammenarbeit aufeinander abgestimmt werden kann und insgesamt zu Synergieeffekten, z. B. bei der Zusammenlegung von Aufgaben wie der Kasse, führen wird, hat die Praxis am Standort Pasing gezeigt, dass gerade die Zusammenlegung von Aufgaben nicht möglich war bzw. ist.

Die an den verschiedenen Dienststellen unterschiedlichen Kundensteuerungssysteme Terminvereinbarung (z. B. im Sozialbürgerhaus) und Wartenummernausgabe (z. B. im Bürgerbüro) führten erst jüngst zur Auflösung der letzten gemeinsam wahrgenommenen Aufgabe „Infothek“. Hier kam zusätzlich zum Tragen, dass zur dienstleistungsorientierten Wahrnehmung der Fachaufgaben „einfachere“ sachbearbeitende Tätigkeiten bereits auf diese Ebene des Erstkontaktes verlagert wurden. Eine entsprechende fachliche und organisatorische Zugehörigkeit des dort eingesetzten Personals wurde damit immer schwieriger zu gestalten. Weiterhin sind bedingt durch die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Verwaltungszweige auch unterschiedliche Öffnungszeiten zu beachten, die den Kundinnen und Kunden die Orientierung im Verwaltungsgebäude erschweren können.

Bereits in 2010 zeigte sich, dass auch die Nutzung einer gemeinsamen Kasse nicht umsetzbar war. Durch ein Revisionsnotat wurde zum Ausdruck gebracht, dass Kassen – besonders von zwei verschiedenen Referaten – grundsätzlich nicht vermischt werden sollten und die Kassengeschäfte jeweils nur im eigenen Zuständigkeitsbereich durchzuführen sind. Auch das Kassen- und Steueramt hat sich in seiner Stellungnahme dafür ausgesprochen, die in einem Raum untergebrachte Kasse für das Sozialbürgerhaus und das Bürgerbüro zu trennen. Nur so war es möglich, auf Dauer einen ordnungsgemäßen Betrieb der Kasse sicherzustellen. Ergänzend darf an dieser Stelle angemerkt werden, dass der Einbau einer neuen Kasse im 1. OG des Bürgerbüro Pasing Baukosten i. H. v. ca. 70.000 Euro verursacht hat.

Zudem ist zu beachten, dass für die Dienststelle Bürgerbüro Pasing auch die Passausgabe und die Kennzeichenabstempelung in die Kasse integriert sein muss. Die dort vorhandenen Dokumente, Siegel usw. sind ebenfalls so hoch sensibel, dass sie den besonderen Anforderungen eines Kassenraums bedürfen und nur einem begrenzten Personenkreis des Bürgerbüros zugänglich sein dürfen.

Das KVR ist selbstverständlich weiterhin bestrebt, den Münchner Bürgerinnen und Bürgern leistungsfähige Serviceeinrichtungen an verkehrsgünstig gelegenen Standorten im Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen (vergleiche auch Ausführungen im Beschluss „Standortkonzept Bürgerbüros, Einrichtung eines Bürgerbüros am Scheidplatz“ in der Vollversammlung vom 26.06.2013, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12302). Dafür werden nicht nur die Standorte der einzelnen Dienststellen fortlaufend hinterfragt, sondern auch die angebotenen Dienstleistungen vor Ort. Wie in dem Beschluss dargestellt ist, zeigte sich bereits im Bereich der Bürgerbüros, dass ein Wandel von kleinen Dienststellen zu großen Einheiten (vgl. Bürgerbüros Orleansplatz, Pasing) nötig ist. Eine kleinteilige Situierung ist nicht zukunftsfähig.

Das KVR steht geeigneten und ausreichend großen Verwaltungsgebäuden, in denen verschiedene Referate ihre bürgernahen Dienstleistungen zur Verfügung stellen, grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Allerdings ist dabei den besonderen räumlichen Anforderungen von Bürgerbüros und ggf. anderen Dienststellen des KVR hinreichend Rechnung zu tragen. Synergieeffekte durch eine Zusammenlegung von Aufgaben (z. B. Kasse) oder Synergien bei der referatsübergreifenden Zusammenarbeit kann das KVR aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen nicht bestätigen.

3.2 Personal- und Organisationsreferat

Das POR wurde Mitte der 90er Jahre im Rahmen des NSM vom Oberbürgermeister beauftragt, in Zusammenarbeit mit allen städtischen Referaten eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, aus der ersichtlich wird, welche Möglichkeiten bzw. welche Grenzen bestehen, die Dienstleistungen der Stadt zu konzentrieren und weiter zu regio-

nalisieren, d. h. ortsnahe, eventuell bis zur Stadtteilebene, den Bürgerinnen und Bürgern anzubieten. Den Ergebnissen der Studie hat der Stadtrat am 04.10.2000 zugestimmt und beschlossen, das regionale Dienstleistungsspektrum schrittweise weiter auszubauen.

3.3 Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Es ist seit der 1976 in das Bauleitplanverfahren eingeführten frühzeitigen Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger an der Bauleitplanung gem. § 3 Abs. 1 BauGB (früher § 2a Abs. 2 BBauG), den einschlägigen Stadtratsbeschlüssen vom 15.12.1976, 21.09.1983, 18.07.1990 und 29.09.1993 folgend, gängige Praxis, die Planunterlagen neben der Darlegung im Hochhaus auch in der jeweiligen Bezirksinspektion und in der dem Planungsgebiet nächstgelegenen Stadtbücherei den Bürgerinnen und Bürgern zu präsentieren. Bei Bedarf werden Erörterungsveranstaltungen im Stadtteil durchgeführt. In letzter Zeit werden in Kombination zu den formell vorgeschriebenen Verfahrensschritten vermehrt auch erweiterte Formen der Partizipation wie Informationsabende, Werkstattgespräche, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen etc., in der Regel in räumlicher Nähe zum Planungsgebiet, angeboten. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung „MünchenMitDenken“ zum Stadtentwicklungskonzept PERSPEKTIVE MÜNCHEN fanden ebenfalls Veranstaltungen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in drei verschiedenen Stadtbereichen („Perspektive vor Ort“) statt. Zudem wurde erstmals eine Onlinebeteiligung durchgeführt, die von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen wurde. Die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB erfolgt dagegen aus Gründen der Rechtssicherheit ausschließlich im PLAN. Darüber hinaus wird auch im Rahmen von Verfahren der Stadt-sanierung die Bürgerbeteiligung bereits regional angeboten und durchgeführt.

Die Vorhaben und Objekte im Bereich der Wohnungsbauförderung sind über das gesamte Stadtgebiet verteilt und einer laufenden Veränderung unterworfen. Über die aktuell vorhandenen Förderangebote soll die angesprochene Kundschaft (Bürgerinnen und Bürger, Baugemeinschaften, Baugenossenschaften, Wohnungsbaugesellschaften, Investoren) umfassend informiert und beraten werden. Dies geschieht im Dienstgebäude Blumenstraße 31 des PLAN. Speziell für Interessen an gemeinschaftsorientierten Wohnprojekten wurde im Oktober 2014 eine unabhängige Beratungsstelle („Mitbauzentrale“) eingerichtet. Die Mitbauzentrale hat ihren Sitz in der Schwindstraße 1, Ecke Theresienstraße. Da Baugemeinschaften, Baugenossenschaften, Wohnungsbaugesellschaften und Investoren oftmals stadtweit tätig sind, ist eine regionale Aufsplittung nicht zielführend.

Für die zentrale Erledigung der Aufgaben der Bauaufsichtsbehörde (Lokalbaukommission) spricht insbesondere, dass ihre Kundschaft überwiegend stadtweit tätig ist und daher durch eine Regionalisierung keine Vorteile hätte, sondern zusätzliche

Wege in Kauf nehmen müsste. Auch betreibt das PLAN im Dienstgebäude der Lokalbaukommission in der Blumenstraße 19 das Servicezentrum, das ein sehr breit aufgestelltes Beratungsangebot vorhält. In dieser Tiefe wäre eine Bauberatung in einer Vielzahl von Einzelstandorten nicht möglich, zumal das Servicezentrum über einen direkten Zugang zu sämtlichen Bauakten verfügt.

Das PLAN sieht künftig einen Schwerpunkt weniger in der Regionalisierung von Aufgaben, sondern im Ausbau der Online-Angebote. Dort kann heute schon etwa für Erlaubnisse für Baumfällungen oder bei fliegenden Bauten auf den Formularserver im Internet zugegriffen werden. Hier erfolgt laufend eine Bedarfsanalyse, um dieses Angebot ggf. auszubauen. In dem Zusammenhang ist auch die mittelfristig angestrebte Digitalisierung der Bauakten mit dem Ziel einer umfassenden elektronischen Vorgangsbearbeitung zu sehen.

Für eine Dezentralisierung von Verwaltungszweigen aus dem PLAN, mit Ausnahme der heute schon regionalen Aufgabenwahrnehmungen (z. B. Bürgerbeteiligungen) wird keine Notwendigkeit gesehen.

3.4 Sozialreferat

Die Sozialbürgerhäuser sind dezentrale, in zwölf Sozialregionen angesiedelte Einrichtungen, die sich an den Grenzen der Stadtbezirke orientieren. Vorhandene politische, soziale, räumliche und organisatorische Strukturen zwischen den Stadtbezirken wurden bei der Bildung von Sozialregionen berücksichtigt. Die Sozialregion bildet eine kundenorientierte und kundennahe Einheit, die in ihrer Form und mit ihrer Arbeitsweise den sozialen Frieden in der Stadt sichert. Das Sozialbürgerhauskonzept hat sich als zukunftsfähig und anschlussfähig erwiesen. Es ist gut geeignet, flexibel auf neue Herausforderungen, auf die zu erwartenden Veränderungen in den gesetzlichen Vorgaben und auch auf die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zu reagieren. Die angeführte Anschlussfähigkeit der Sozialbürgerhäuser für andere Leistungserbringerinnen bzw. -erbringer und neue Fachlichkeiten ermöglichte die Integration und Zusammenarbeit mit der ARGE GmbH, seit 01.01.2012 als neue Organisationsform Jobcenter, ohne das System der Sozialbürgerhäuser grundsätzlich verändern zu müssen. Aufgrund innerbetrieblicher Abläufe und Organisation des Sozialreferats oder Entscheidungen des Stadtrats waren mehrfach Anpassungen notwendig. Alle diese Änderungen konnten in den Sozialbürgerhäusern von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne wesentliche Einschränkungen gut bewältigt werden. Die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sind seither jederzeit in gleichbleibender Qualität gesichert.

Eine Zusammenlegung mit Leistungen und Aufgaben außerhalb des Sozialreferats wird mangels inhaltlicher Verbindungen nicht für nötig bzw. für problematisch gehalten.

ten, wie die negativen Erfahrungen der gemeinsam genutzten Kasse und Infothek durch das Sozialbürgerhaus und das KVR am Standort Pasing zeigten. Dies führte dazu, dass die gemeinsam betriebene Infothek und Kasse wieder aufgelöst und getrennt betrieben werden.

Das Sozialreferat steht allerdings einer rein räumlichen Ausrichtung von bürgernahen Dienstleistungen verschiedener Referate „unter einem Dach“, zum Beispiel bei Neubauten, grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber.

Standortsicherungsbeschlüsse:

Zusammenlegung der Sozialbürgerhäuser Milbertshofen-Am Hart (MH) und Feldmoching-Hasenberg (FH) zum Sozialbürgerhaus Nord (SBH Nord)

Nachdem bereits der Sozialausschuss am 29.03.2012 beschlossen hatte, dass es im Bereich des Jobcenters München für die beiden in einem Gebäude untergebrachten Sozialbürgerhäuser FH und MH nur noch eine Leitung geben wird, wurden aus arbeitsökonomischen Gründen die Sozialbürgerhäuser mit Wirkung vom 01.05.2012 zum SBH Nord zusammengelegt. Dies führte allerdings zu einer sehr hohen Leitungsspanne bei der Leitung des Sozialbürgerhauses. Durch die Zusammenlegung verringerte sich die Anzahl der Sozialbürgerhäuser von 13 auf 12. Eine reale Rezentralisierung war hiermit nicht verbunden, da beide Häuser bereits an einem gemeinsamen Standort situiert waren.

Sozialbürgerhaus Giesing-Harlaching (SBH GH)

Mangels einer geeigneten Fläche in der Sozialregion wurde das SBH GH – zusammen mit dem SBH Berg am Laim/Trudering-Riem (SBH BTR) – 2004 in einem Bürogebäude in der Streifeldstraße 23 untergebracht. Diese für die Sozialregion GH schlecht erreichbare Lage im 14. Stadtbezirk war eine Interimslösung. Mit Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 07085 vom 28.06.2011 in der gemeinsamen Sitzung von Kinder- und Jugendhilfeausschuss und des Sozialausschusses sowie der anschließenden Behandlung in der Vollversammlung vom 27.07.2011 wurde der Verlagerung des Sozialbürgerhausstandorts GH auf das ehemalige AGFA-Gelände zugestimmt; die Verlagerung des SBH GH an die Werner-Schlierf-Straße 9 wurde im Herbst 2014 durchgeführt.

Sozialbürgerhaus Schwabing-Freimann (SBH SF)

Für die Sozialregion Schwabing-Freimann wurde das Sozialbürgerhaus im Objekt Taunusstraße 29 eingerichtet. Die Büro- und Verwaltungsflächen in diesem Objekt wurden mit Mietvertrag vom 20.12.1991 für das Sozialreferat angemietet und standen zur Verwirklichung des Sozialbürgerhauskonzepts zur Verfügung. Die Festlaufzeit des Mietvertrags war bis 30.09.2012 vereinbart. Der Mietvertrag in der Taunus-

straße 29 wurde seitens des Vermieters zum 30.09.2012 gekündigt. Im Verlauf wurden mehrere Standorte geprüft, u. a. der Standort Belgradstraße 75 bis 81, der aber zum Kündigungszeitpunkt der Taunusstraße noch nicht zur Verfügung stand und in dem nun die Umsetzung eines Bürgerbüros gemeinsam mit Wohnen und Kindertagesbetreuung vorgesehen ist.

Als neuen und nun dauerhaften Standort wurden Flächen im Bürogebäude Heide-mannstraße 170 ab 01.09.2012 angemietet (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 09029 vom 19.04.2012). Der Standort entspricht den Kriterien der guten Erreichbarkeit und ist insbesondere für die wachsende Anzahl der Bürgerinnen und Bürger im Münchener Norden (Besiedlung Funkkaserne, Bayernkaserne) und unter Einbezug der Verkehrsplanung (Verlängerung der Tramlinie von Schwabing zum Kieferngarten) perspektivisch die beste Wahl.

Sozialbürgerhaus Ramersdorf-Perlach (SBH RP)

Das Sozialbürgerhaus für den 16. Stadtbezirk RP ist in einem Mietobjekt an der Thomas-Dehler-Straße 16 realisiert worden. Mit Sitzungsvorlage 02-08 / V 04177 aus der Vollversammlung vom 07.07.2004 war vorgesehen, die unwirtschaftlichen Mietobjekte durch stadteigene Lösungen zu ersetzen. Im Fall des SBH RP wurde der Umzug in einen Neubau am Hanns-Seidel-Platz als integraler Bestandteil des Zentrums Neuperlach anvisiert, zeitlich abhängig von den Planungen der Neubebauung des Platzes, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 11585 aus der Vollversammlung vom 05.06.2013.

Dezentralisierung des Psychologischen Dienstes § 35a Aches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) zum 01.01.2014

Zur Vereinfachung der Zusammenarbeit und um eine ausreichende Ausstattung in den Sozialbürgerhäusern zu erhalten, wurde der Psychologische Dienst aus dem Stadtjugendamt München ab dem 01.01.2014 in die Sozialbürgerhäuser dezentralisiert.

Sozialbürgerhaus Plinganserstraße (SBH Pli)

Erhebliche bis teilweise unerträgliche Mängel in dem Anmietobjekt Plinganserstr. 150 sind den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr zumutbar. Das Sozialreferat hat um nächstmögliche Aufgabe des Objekts gebeten.

Das Sozialbürgerhaus Plinganserstraße ist Ansprechadresse für Kundinnen und Kunden der Sozialregion 19 und 20. Die Ersatzanmietung erfolgt in der gleichen Sozialregion. Das Sozialreferat hat zum Antrag Nr. 14-20 / B 00836 des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 19 – Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln vom 03.02.2015 Stellung genommen.

Sozialbürgerhaus Berg am Laim /Trudering-Riem (SBH BTR)

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 28.01.2004, Nr. 02-08 / V 03578 wurde die Entscheidung getroffen, das Sozialbürgerhaus aus dem Anmietobjekt in der Streitfeldstr. 23 auf das Grundstück am Truderinger Bahnhof zu verlegen. Derzeit wird der zukünftige Flächenbedarf des Sozialbürgerhauses errechnet, um zu überprüfen, ob die angedachten Nutzungen des Sozialreferats und Kulturreferats in dem vorgesehenen Umfang auf dem städtischen Grundstück untergebracht werden können.

3.5 Stadtkämmerei

Der Stadtratsantrag vom 12.03.2014 nennt als Beispiel für Synergieeffekte bei Zusammenführung von verschiedenen Verwaltungszweigen ausdrücklich die Kasse. Das Beispiel wird so verstanden, dass verschiedene Stellen, die in einem Bürger-Service-Zentrum zusammengefasst werden, dann über nur eine Kasse verfügen.

Die Organisation der Kasse ist rechtlich wegen des Umgangs mit Geld besonders streng geregelt. Nach Art. 100 GO besteht die sogenannte „Einheitskasse“. Demnach sollen aus Gründen der Kassensicherheit und Wirtschaftlichkeit alle Zahlungsverkehrsvorgänge zentral bei der Einheitskasse abgewickelt werden. Andere Dienststellen der Gemeinde oder Dienstkräfte dürfen den Zahlungsverkehr nicht erledigen. Soweit aus zwingenden Gründen Außenstellen der Kasse in Form von sogenannten „Zahlstellen“ nach § 40 KommHV-Doppik eingerichtet werden, sind sie fachlich Teil der Kasse, können organisatorisch aber Teil des Verwaltungsbereichs sein, dem sie zugeordnet sind.

Wenn mehrere Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger an einer Stelle zusammengefasst werden sollen, ist die Errichtung einer Zahlstelle für mehrere Geschäftsprozesse grundsätzlich rechtlich denkbar. Aus Gründen des Kassenrechts muss aber die Kassensicherheit und die ordnungsmäßige Verbuchung der Zahlungen sichergestellt sein. Ob und wie im Einzelfall tatsächlich eine Zusammenlegung von Kassentätigkeiten organisatorisch und von den Abläufen her sinnvoll und möglich ist, müsste jeweils geprüft werden.

3.6 Direktorium – Bezirksausschussangelegenheiten

Die Rolle der BA-Geschäftsstellen als Verwaltungseinheiten zur Unterstützung der Bezirksausschüsse einerseits, und als Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger der einzelnen Stadtbezirke andererseits, erfordert deren dezentrale Verteilung auf das Stadtgebiet. Die Präsenz vor Ort hat sich, sowohl aus Sicht der Bezirksausschüsse, als auch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger bewährt.

Gleichzeitig nehmen die BA-Geschäftsstellen eine besondere Rolle innerhalb der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München ein. Sie sind, obwohl selbst Teil der Stadtverwaltung, in erster Linie Schnittstelle zwischen den Stadtteilgremien und der städtischen Verwaltung. In dieser Rolle haben die BA-Geschäftsstellen häufig die BA-Interessen gegenüber den städtischen Referaten zu vertreten, die Behandlung von Anträgen und BV-Empfehlungen zu monieren und Bürgeranliegen voranzutreiben, deren Behandlung der BA von der Stadtverwaltung fordert.

Gleichzeitig ist es Aufgabe der BA-Geschäftsstellen, die Belange der Fachreferate gegenüber den Bezirksausschüssen anzusprechen und diese dafür zu sensibilisieren.

Diese besondere Schnittstellenfunktion erfordert nach Auffassung der Abteilung für Bezirksausschussangelegenheiten eine eigenständige und unabhängige, dezentrale Position innerhalb der Stadtverwaltung. Eine Vermischung mit anderen, hoheitlichen Aufgaben, würde die Funktion als Bindeglied zwischen Bezirksausschuss und Verwaltung beeinträchtigen. Auch wenn die im Antrag genannte Zusammenfassung zu Bürger-Service-Zentren Synergieeffekte bei Personal- und Sachkosten bewirken könnte, wird aus den genannten Gründen empfohlen, die BA-Geschäftsstellen als eigenständige Verwaltungseinheiten in den Stadtbezirken fortzuführen und von einer Zusammenführung abzusehen.

4. Fazit des Direktoriums

Die Recherche über die Entstehung der Bürgerhäuser und Sozialbürgerhäuser hat gezeigt, dass seit 2000 ein großer Schritt in Richtung Dezentralisierung von Behörden und Behördenwegen gelungen ist. Den Bürgerinnen und Bürgern steht ein stadtteilorientiertes Netz von Behörden, Ansprech- und Servicestellen zur Verfügung.

Den in dieser Beschlussvorlage zitierten Beschlussvorlagen und den eingeholten Stellungnahmen der Referate ist zu entnehmen, dass zwischen den Referaten und innerhalb der jeweiligen Organisationseinheiten eine laufende Weiterentwicklung und Feinabstimmung der dezentralen Bürgerangebote stattfindet. Dabei sind insbesondere zu erwähnen die derzeit zwölf Standorte der Sozialbürgerhäuser, die Bürgerbüros des KVR und die umfangreichen bürgerfreundlichen Beteiligungsangebote des PLAN z. B. bei geplanten Neubaugebieten.

Die dezentralen Standorte der Referate orientierten sich insbesondere auch an den Nutzungsmöglichkeiten von ÖPNV-Verbindungen und dem entsprechenden Nutzungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger.

Eine Zusammenlegung von Leistungen und Aufgaben verschiedener Referate zu Bürger-Service-Zentren wird mangels inhaltlicher Verbindungen nicht für nötig bzw. für problematisch gehalten, wie die negativen Erfahrungen der gemeinsam genutzten Kasse und Infothek durch Sozialreferat und KVR am Standort Pasing zeigen.

Bürgerinnen und Bürger nehmen städtische Dienstleistungen in der Regel zielgerichtet in Anspruch. Es dürfte die Ausnahme darstellen, dass zum Beispiel bei der Beantragung einer Sozialleistung eine Bürgerin oder ein Bürger bei der Gelegenheit auch noch eine Passverlängerung beantragen möchte.

Die Referate haben in einer Abfrage kleinere Probleme bei der Dezentralisierung dargestellt, die aus ihrer Sicht zügig und im Sinne einer besseren Bürgerorientierung gelöst werden. Die aufgeworfenen Probleme sind nicht so gravierend, als dass sie durch eine neue Untersuchung geprüft werden müssen.

Den Referaten ist bewusst, dass sich die Stadtgemeinschaft aufgrund des städtischen E- und Open-Government-Konzepts in eine neue Richtung entwickelt. Die Stadt wird durch die Umsetzung des aktuellen E- und Open-Government-Beschlusses schrittweise in die Lage versetzt, digitale und konventionelle Verwaltungsprozesse zu verzahnen und digital vorgebrachte Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen etc. effektiv und effizient in Form von E-Government-Transaktionen abzuwickeln. Dazu gehört der Einsatz moderner IT-Systeme zur Unterstützung zeitgemäßer Beteiligungsformen und integrierter, schlanker Geschäftsabläufe.

Auch wenn in den kommenden Jahren Verwaltungsvorgänge in zunehmenden Maße über E-Government-Dienstleistungen abgewickelt werden können, wird der persönliche Kontakt weiterhin eine entscheidende Rolle spielen.

Die Stellungnahmen der Referate weisen keinen akuten Handlungsbedarf auf. Aus Sicht des Direktoriums bedarf es daher keiner Evaluierung der durchgeführten Studie des POR. Durch eine Evaluierung sind keine neuen Gesichtspunkte zu erwarten.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Johann Altmann, des Direktoriums-HA I, Zentrale Verwaltungsangelegenheiten, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag des Referenten

1. Von dem vorstehenden Sachstandsbericht wird Kenntnis genommen.
2. Derzeit liegt kein akuter Handlungsbedarf vor. Es bedarf keiner Evaluierung der durchgeführten Studie des POR, da keine neuen Gesichtspunkte zu erwarten sind. Probleme bei der Dezentralisierung werden zügig und im Sinne einer besseren Bürgerorientierung gelöst.
3. Der Antrag „Verwaltung der kurzen Wege II – Vernetzung der dezentralen Standorte im Stadtgebiet“ vom 11.03.2014 (Antrag Nr. 08-14 / A 05237) ist damit geschäftsunterbrechungsgemäß erledigt.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. Direktorium-I-ZV

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Direktorium-STRAC**
An das Kreisverwaltungsreferat
An das Personal- und Organisationsreferat
An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung
An das Sozialreferat
An die Stadtkämmerei
z. K. u. w. V.
Am